

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877

128 (2.6.1877)

Beilage zu Nr. 128 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 2. Juni 1877.

Deutschland.

* Berlin, 29. Mai. Wir theilten bereits mit (schreibt die Matthias'sche „Deutsche Reichskorrespondenz“), daß die Verhandlungen mit Oesterreich über den Handelsvertrag, welche unterbrochen waren, demnächst wieder aufgenommen werden sollen. Unsere Mittheilung können wir heute dahin ergänzen, daß die Verhandlungen in Wien schon am 7. l. Mts. ihren Anfang nehmen und unsere Bevollmächtigten zu denselben am 5. dorthin abreisen werden. Das Entgegenkommen der österreichischen Regierung ist in der allerneuesten Zeit in Folge der festen Haltung der deutschen Regierung ein derartiges gewesen, daß man die feste Hoffnung hegen darf, der Handelsvertrag werde auf denjenigen Grundlagen zum Abschluß gelangen, welche seitens der deutschen Reichsregierung von vorn herein proponirt waren.

Wie dieselbe Korrespondenz von gut unterrichteter Seite erfährt, beabsichtigt der erste Vizepräsident des deutschen Reichstags, Franz August Frhr. Schenk v. Stauffenberg, seinen Wohnsitz dauernd nach Berlin zu verlegen. Hr. v. Stauffenberg wohnte bisher in München und brachte den Sommer in der Regel auf seinem Familiengute Geislingen in Württemberg zu. Ursprünglich Jurist, stand derselbe bis zum Jahre 1866 in bayerischen Diensten und war schließlich Staatsanwalt in Augsburg. Aus politischen Gründen, weil er der partikularistischen Politik Bayerns nicht zustimmen konnte, verließ er im Jahre 1866 den Staatsdienst. Seit dem Oktober dieses Jahres gehörte er dem bayerischen Abgeordnetenhaus und in diesem der bayerischen „Fortschrittspartei“ an. Seit 1871 ist er Mitglied des deutschen Reichstags. Man hält es für nicht unwahrscheinlich, daß Hr. v. Stauffenberg sich jetzt mehr und mehr der politischen Thätigkeit zuwenden werde.

Die bereits gemeldete Verschiebung der Gotthardt-Konferenz vom 28. Mai auf den 4. Juni soll nur darin ihren Grund haben, daß die italienischen Bevollmächtigten nicht früher eintreffen können. Es sind das die H. Senator Casaforte und Kommandeur Massa. Die Verschiebung des Termins hat nun aber noch die Wirkung, daß die Konferenz statt in Bern in Luzern abgehalten werden muß. Da nämlich am 4. Juni die Bundesversammlung in Bern zusammentritt und somit der Ständeraths-Saal im Bundespalais, in welchem die Konferenz ihre Beratungen halten sollte, nicht frei ist und die Mitglieder muthmaßlich auch eine Besichtigung des Gotthardt-Tunnels vorzunehmen wünschen werden, hat der Bundesrath den Sitz der Konferenz von Bern nach Luzern verlegt. Deutschland hat, wie wir aus Schweizer Blättern erfahren, als Abgeordnete für die Konferenz die H. General v. Röder, Gesandter in Bern, und Oberbaurath Kienel bestimmt.

Geh. Legationsrath Lothar Bucher wird sich in den nächsten Tagen nach Riffingen begeben und dann bei dem Reichskanzler Fürsten Bismarck vorläufig verbleiben. Ob der Fürst von Riffingen direkt nach Barzin wieder zurückkehrt, wie einige hiesige Korrespondenten bestimmt wissen wollen, darüber ist heute noch nichts entschieden. Die Entschließung des Fürsten ist von dem Verlauf der Riffinger Kur und von dem Auspruch der Ärzte abhängig.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: In vielen Kreisen Deutschlands ist, wie wir aus einem Telegramm aus dem Süden erfahren, seit dem gestrigen Abend das Gerücht von einem gelungenen Mordattentat auf den Präsidenten der französischen Republik verbreitet. Da eine Bestätigung dieses Gerüchtes bis zum Schluß der Redaktion nicht eingetroffen ist, kann man wohl annehmen, daß dasselbe jeder weiteren Begründung entbehre.

Berlin, 30. Mai. Die halbamtliche „Provinzial-Korrespondenz“ bringt an der Spitze ihrer heutigen Nummer folgenden bemerkenswerthen Artikel:

Der Dilettantismus in der auswärtigen Politik ist vom Fürsten Bismarck in den ersten Jahren seiner Minister-Laufbahn bei den Erörterungen über die schleswig-holsteinische Frage mit folgenden Worten bezeichnet worden:

„Die Auffassungen eines der Herren Redner über die europäische Politik erinnern mich an diejenigen eines Bewohners der Ebene, welcher zum ersten Mal eine Bergreise macht. Wenn er einen Gipfel vor sich sieht, so scheint ihm nichts leichter, als ihn zu ersteigen. Er glaubt nicht einmal eines Führers zu bedürfen, denn der Berg liegt unmittelbar vor ihm und der Weg dorthin ist anscheinend ohne Hinderniß. Macht er sich nun auf den Weg, so stößt er bald auf Schluchten und Abhänge, über welche die beste Rede nicht hinweghilft.“

Wir verlangen bei uns für jede amtliche Funktion, z. B. für die Justiz, ja für den Dienst des Unteroffiziers und jeden Anderen, Prüfungen, praktische Vorbildung, schwere Examina, aber die hohe Politik — die kann Jeder treiben, zu der schießt sich Jeder berufen, und es ist nichts leichter, als auf diesem jeder Konjektur offenen Felde mit einiger Sicherheit im Aufstreifen alles Mögliche mit großer Scheinbarkeit zu behaupten; um einen falschen Gedanken mit Erfolg zu widerlegen, muß man bekanntlich ein ganzes Buch schreiben, und den, der den Auspruch gethan hat, überzeugt man doch nicht. Es ist ein gefährlicher Jertum, aber heute weit verbreitet, daß in der Politik dasjenige, was kein Verstand der Verständigen sieht, dem politischen Dilettanten durch naive Intuition offenbar wird.“

An diese Aeußerung wird man immer von Neuem erinnert, so oft ein bekannter Führer der Berliner Fortschrittspartei, ein sonst sehr gelehrter Mann, sich auf das Gebiet der auswärtigen Politik begibt.

Ganz besonders hat der gelehrte Naturforscher sich in die wirkliche Natur der Beziehungen unserer Politik zu Rußland, wie sie vom Fürsten Bismarck seit dem Beginn seiner Laufbahn aufgefaßt und gehandhabt worden sind, niemals hineinzuversetzen vermocht.

Schon während des Laufs der schleswig-holsteinischen Angelegenheit hatte er nicht bloß die Besorgniß, sein Gewissen ausgeprochen, daß Herr v. Bismarck die Herzogthümer schließlich an Rußland bringen, den Kieler Hafen in russische Hände geben, mitten in unser Land hinein, wo es am wenigsten vertheidigt sei, einen fremden Keil hineinschieben wolle. Aber, verkündete er, — die Rache des Volkes für diesen Verrath werde nicht fehlen! Solche Dinge verzeihe die Weltgeschichte nicht bloß auf ihren Blättern, die werden mit blutigen Buchstaben in die Herzen der Völker geschrieben.“

Wenige Monate darauf waren Dank der unter den größten Schwierigkeiten Deutschland und Europa gegenüber glücklich durchgeführten Bismarck'schen Politik die Herzogthümer von Dänemark losgerissen, um dauernd mit Deutschland vereinigt zu werden.

Auch später und nach anderen Seiten hat der sonst durch Geistesstärke ausgezeichnete Gelehrte in der Beurtheilung der Bismarck'schen Politik und Bestrebungen einen besonderen Scharfsinn nicht bewährt.

Im Jahre 1869 stellte er mit seinen politischen Freunden einen Antrag auf sogenannte Abrüstung. Bei der Begründung desselben ließ er sich dahin vernehmen: wenn man die damalige Lage unbefangener prüfe, müsse man anerkennen, daß selten eine Zeit gewesen, wo so wenig Grund vorhanden war, daß die einzelnen Staaten in voller Kriegsbekämpfung einander gegenübersehen. — „Es gab eine Zeit, wo es glaublich erschien, daß einzelne Regierungen, um eine Ableitung für die innere Arbeit des Volkes nach Freiheit herbeizuführen, äußere Kriege anzufangen wüßten. In dieser Beziehung haben sich die Dinge wesentlich geändert; die Versuche, welche wiederholt in Frankreich gemacht worden sind, durch die Presse das Volk aufzuregen, es mit neuem Haß gegen ein Nachbarvolk zu durchdringen und der Regierung den Vorwand zu bieten, einen Krieg anzufangen, diese Versuche sind schmachvoll gescheitert. Ich befreite auf das Entschiedenste, daß im französischen Volke gegenwärtig die Möglichkeit existirt, dasselbe durch bloße Hinweise auf irgend welche äußere Verhältnisse von der inneren Arbeit abzuwenden zu machen — sie sind weit davon entfernt, in äußeren Großthaten irgend einen wesentlichen Bestandtheil des Volkslebens zu setzen.“ — Er fügte hinzu, es sei auch nicht daran zu denken, daß die weitere Entwicklung Deutschlands wieder mit Blut und Eisen vollzogen werde, sondern nur durch die innere Arbeit der Nation.

Kaum ein halbes Jahr nach diesen zuversichtlichen Aeußerungen erscholl in Paris und in ganz Frankreich der Kampfruf: „nach Berlin.“

Gewiß hatte Fürst Bismarck Recht, wenn er dem fortschrittlichen Gelehrten vor Kurzem den freundlichen Rath gab, über seine politischen Prophezeiungen lieber „mit einer gewissen vornehmen Bergesehnheit hinwegzugehen“, als die Erinnerung an dieselben immer wieder wach zu rufen.

Der unermüdliche Politiker hat jedoch soeben in einem Berliner Bezirksverein wieder eine Rede über „Krieg und Frieden“ gehalten, in welcher er zwar im Eingange zugestand: es liege kein Grund vor, gegen die Ergebnisse, welche die Haltung der Reichsregierung (in der orientalischen Frage) herbeigeführt habe, irgend eine begründete Klage zu erheben — soann aber „die vollständige Zurückhaltung darüber, wie die Reichsregierung über die nächste Zukunft denke“, lebhaft tabelte. Man könne allerdings nicht verlangen, daß die Regierung für jeden einzelnen Fall im Voraus ihr Verhalten bestimmen solle, aber sie müsse sich doch ein Bild machen, wie Europa sich gestalten solle, wenn die deutschen Interessen gewahrt bleiben sollen.“

Der Redner gibt zwar zu, daß alle anderen Großstaaten von dem Kriege näher berührt werden als Deutschland, an unmittelbaren und empfindlichen Oesterreich und England, aber auch Frankreich und Italien könnten weiter „sehr unangenehm“ berührt werden. Trotzdem aber verlangt er, daß sich Deutschland über seine Stellung „laut ausspreche“, und findet es höchst bedenklich, „daß die deutsche Regierung, abgesehen davon, daß sie kein Programm für die nächste Zukunft aufstelle, auch darüber völlig schweige, wie sie im Interesse des zukünftigen Friedens eingzugreifen gedenke“. Es wird als ein schwerer Fehler Englands bezeichnet, daß es sich nicht entschlossen habe, im Verein mit den andern Mächten einen Druck auf die Pforte auszuüben; anstatt des kriegerischen Vorgehens eines einzelnen Staates hätte ein internationales Schiedsgericht der Pforte die Reformen auferlegt. Wollte man überhaupt der fortwährenden Kriegsbereitschaft ein Ende machen, so müsse man ein ständiges internationales Schiedsgericht organisiren; es wäre dann unmöglich, daß unter nichtigen Vorwänden ein Krieg angefangen würde, der die Ruhe eines ganzen Welttheiles bedrohe.

Schließlich erklärte er es aber „als eine Pflicht unserer Regierung, dahin zu wirken, daß dem Kriege sobald als möglich ein Ende gemacht werde“.

Diese neueste Kundgebung des fortschrittlichen Naturforschers ist wohl nach allen Richtungen das Oberflächlichste, was der politische Dilettantismus je geleistet hat, und beruht (auf einer trotz aller diesfälligen Erfahrungen noch überraschenden Unkenntniß über Nichtachtung der bekanntesten Thatsachen und einleuchtendsten Gesichtspunkte.

Die deutsche Regierung hat mit ihrer orientalischen Politik nicht bloß, wie selbst jener Redner notgedrungen zugiebt, in den bisherigen Ergebnissen „keinen Grund zu einer irgendwie begründeten Klage gegeben, — sondern sie hat sich auch über die allgemeinen Gesichtspunkte ihres Verhaltens für Gegenwart und Zukunft wiederholt in einer Weise ausgesprochen, daß in der Reichsvertretung (welder freilich jener Redner nicht angehört) alle Parteien ohne Unterschied und ohne jeden Widerspruch, und zwar ausdrücklich auch Redner der Fortschrittspartei und selbst der ultramontanen Partei, ihre Genehmigung, ihre Zustimmung und ihr Vertrauen zur Führung der auswärtigen Politik, namentlich auch in Bezug auf die friedliche Richtung und Wirkung derselben ausgesprochen haben.

Daß Fürst Bismarck sich ein Bild gemacht habe, „wie Europa sich gestalten soll, wenn die deutschen Interessen gewahrt bleiben sollen“, — das wird ihm nachgerade auch der erbitterteste Gegner gewiß zutrauen, mehr als irgend einem Staatsmann oder Politiker; daß er aber seine Absichten und Forderungen in dieser Beziehung vorweg „laut ausspreche“, daß er schon jetzt „ein Programm“ aufstelle und

ankündige, wie er im Interesse des zukünftigen Friedens einzugreifen gedenke, — das kann nur ein ungläublich „naiver Dilettant in auswärtigen Dingen“ erwarten oder verlangen: das deutsche Volk in seiner Gesamtheit schenkt dem Reichskanzler gerade darum so unbedingtes Vertrauen, weil es aus fünfzehnjähriger Erfahrung weiß, daß er seine sorgfältig gereisten Pläne nicht vor der Zeit in geschwätzigen Programmen verkündigt, sondern so lange wahr, bis er sie im richtig erkannten Augenblick praktisch zur Geltung bringt.

Wie aber käme gerade Deutschland, welches anerkanntermaßen am wenigsten unmittelbar von der orientalischen Frage berührt ist, dazu, sich über seine schließliche Stellung zur Lösung derselben im Voraus bestimmter auszusprechen, während keine der nächstbetheiligten Regierungen aus der vorsichtigen Zurückhaltung herausgetreten ist? Wer vermag denn aus den wochenlangen englischen Parlamentverhandlungen „das Programm Englands“ mit irgend welcher Bestimmtheit zu entnehmen, — wer kennt denn das Programm Oesterreichs, Frankreichs, Italiens? Nur wenn der große Volkredner im Stande gewesen wäre, darüber irgend eine Auskunft zu geben, hätte die Frage nach dem deutschen Programm einen Schein von Berechtigung gehabt.

Die Meinung, daß der Krieg hätte vermieden werden sollen, indem ein internationales Schiedsgericht der Türkei die notwendigen Reformen auferlegt hätte, läßt darauf schließen, daß der vielbeschäftigte Gelehrte der thatsächlichen politischen Geschichte des letzten Jahres keine volle Beachtung hat widmen können: sonst hätte er die Konferenzen in Konstantinopel, mit welchen gerade in dieser Frage der Versuch eines internationalen Schiedsgerichts gemacht worden ist, nicht mit so leichtfertiger Stillschweigen übergehen können. Den Wunsch, daß es dauernden Frieden unter den Völkern geben könnte, haben ja die edlen Geister aller Zeiten gehegt; auch der Feldmarschall Graf Moltke hat sich in seiner jüngsten Rede wieder dazu bekannt, — aber daß wirklich ein internationales Schiedsgericht möglich sein sollte, welches den Widerstrebenden den Frieden auferlegen könnte, das hat noch kein praktisch politischer Geist geglaubt. Von ultramontaner Seite freilich hat der fortschrittliche Gelehrte darin anscheinend Zustimmung gefunden, nur unter der Voraussetzung, daß der Papsi in Rom der allgemeine Schiedsrichter sei. Selbst wenn die europäische Welt aber jemals dahin kommen sollte, diesen Schiedsrichter anzuerkennen, so würden doch gerade die Türkenkriege damit nicht abgeschafft werden, denn die Kreuzzüge gegen die Ungläubigen sind ja von den Päpsten als ein gottgefälliges Werk auf jede Weise ermuntert und gesegnet worden.

Daß nun in Erwangelung eines Schiedsgerichts gerade die deutsche Regierung die Pflicht haben sollte, „dahin zu wirken, daß dem Kriege sobald als möglich ein Ende gemacht werde“, das kann der Redner nicht ernst gemeint haben: es läge darin ein allzu überschwängliches Anerkenntniß der Machtstellung, welche Deutschland unter der von ihm stets befehlenden, stets behinderten Regierung gewonnen hat. Daß Preußen diese Stellung benützen sollte, um eine Entscheidung durch ein Nachwort zu erzwingen, wird kein Vernünftiger wünschen oder verlangen; denn ein solches Wort dürfte nicht gesprochen werden ohne den Entschluß, dasselbe nöthigenfalls mit dem Schwerte einzulösen, und Deutschland würde somit gerade unmittelbar vor den Krieg gestellt.

Die moralische Machtstellung des Deutschen Reiches aber zu benützen, um den Frieden Europa's auch nach dem Scheitern der internationalen Bemühungen womöglich vor weiterer Erschütterung zu wahren, daran hat es die Politik unseres Kaisers und des Reichskanzlers keinen Augenblick fehlen lassen. Die Bestrebungen der deutschen Politik, welche nach dem letzten Kriege ihren Ausdruck und ihre feste Grundlage zunächst in der Drei-Kaiser-Vereinigung gefunden haben, bewähren sich auch in der jetzigen schwierigsten Krisis als eine Bürgschaft friedlicher Verständigung und Vermittelung weit über jenes engere Bündniß hinaus.

Wenn ungeachtet des wirklichen Ausbruchs des russisch-türkischen Krieges die Aussichten auf Erhaltung des europäischen Friedens in den letzten Wochen eher gestiegen als verringert sind, so hat die deutsche Politik an diesem bisherigen Erfolge ihren rechtlichen Antheil. In diesem Bewußtsein und in dem darauf begründeten Vertrauen wird sich das deutsche Volk nicht beirren lassen.

* Elberfeld, 30. Mai. In Wülshelm wurde an Gerlach's Stelle der Legationsrath Kehler zum Landtags-Abgeordneten gewählt.

Literatur.

A. Mannheim, 25. Mai. Das soeben erschienene Heft 3 des ersten Bandes von Buchell's Zeitschrift für französische Civi Recht bringt zahlreiche Mittheilungen aus der Rechtsprechung der französischen, badischen, rheinpreussischen, rheinpfälzischen, rheinbairischen und rumänischen Gerichte, sowie des Reichs-Oberhandelsgerichts. Von Ersteren erwähnen wir einen Aufsatz über die Haftung der Unternehmer öffentlicher Bäder für die eingebrachten Fahrnisse der Badenden, einen solchen über das Zuwachtrecht zu Gnüssen der Collegatoren, von den rheinpfälzischen Sachen zwei Mittheilungen aus dem Versicherungsrechte und eine Erörterung der Frage, ob Schenkungen unter Eheleuten wegen Unabanks widerrufen werden können, einen rheinbairischen Fall wegen Rechnungsablage für einen Verschollenen. Aus der Praxis des Reichs-Oberhandelsgerichts sind Entscheidungen über das Reichs-Haftpflicht-Gesetz, aus dem Versicherungsrechte u. A. mitgetheilt. Die rumänischen Fälle betreffen die ehemanliche Ermächtigung und erbrechtlichen Fragen. Der Herausgeber bespricht in anerkennender Weise die jüngst veröffentlichte Zusammenstellung interessanter Rechtsfälle von Kreisgerichtsrath Dr. Köhler; der Beginn einer Abhandlung des eben Genannten über den Kauf einer fremden Sache bildet den Schluß des reichhaltigen Heftes.

Verantwortlicher Redakteur:
Georg Goll in Karlsruhe.

